

GRÜN specht

Informationen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim

Verbraucherschutz, Gentechnik und Landwirtschaft – diese Themen standen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion der GRÜNEN im stimmungsvollen Seeheimer „Löwen“-Saal. V.l.n.r.: Landwirt Dr. Willi Billau, Bauernverband Starkenburg, Ursula Weßling, Hausfrauenbund Darmstadt, Christel Fleischmann, und Hiltrud Breyer, GRÜNE Verbraucherschutz-Expertin im Europaparlament



+++ Europawahl 13. Juni 2004 +++ Wahllokale diesmal geöffnet 8.00 – 18.00 Uhr

Europa besser machen –

Mehr GRÜNE ins Europäische Parlament!

Die Einigung Europas nach der Überwindung des Eisernen Vorhangs bleibt eine der Hauptaufgaben der Europäischen Union. DIE GRÜNEN spielen eine entscheidende Rolle in Europa beim Aufbau einer toleranten, sozial gerechteren und demokratischen Union. Regeln für Wirtschaft und Handel müssen in den Dienst ökologischer und sozialer Ziele gestellt werden.

● **Die GRÜNEN wollen ein ökologisches Europa.** Die gemeinschaftliche Umweltpolitik hat bereits beachtliche Erfolge erzielt, aber der Wettlauf gegen den Raubbau an der Natur ist noch nicht gewonnen.

● **Die GRÜNEN wollen ein Europa der Selbstbestimmung.** Wir wollen ein Europa, das die Menschen, die hier leben, frei von Bevormundung und von staatlicher Willkür gestalten können.

● **Die GRÜNEN wollen eine lebendige europäische Demokratie.** Europa lebt vom Engagement seiner Menschen. Wir wollen ein Europa, das nicht nur eine Union der Staaten sondern vor allem eine Union der Bürgerinnen und Bürger ist.

● **Die GRÜNEN wollen eine europäische Wissensgesellschaft.** Bildung, Wissen und Kultur sind der Schlüssel für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas.

● **Die GRÜNEN wollen ein friedliches Europa der Menschenrechte,** das für einen ökologisch und sozial gerechten Interessenausgleich zwischen den Weltregionen eintritt. Unser gemeinsames europäisches Engagement folgt den Grundsätzen der Demokratie und Nachhaltigkeit, des Völkerrechts und der Verwirklichung der Menschenrechte.

● **Die GRÜNEN wollen ein gerechtes Europa.** Die Herausforderung, Wohlstandsunterschiede zu überwinden, wird durch die Erweiterung größer. Frauen sind nach wie vor gegenüber Männern benachteiligt. Nach wie vor werden Entscheidungen häufig auf Kosten zukünftiger Generationen getroffen.

● **Europa ist unsere Zukunft.** Der europäische Einigungsprozess hat in den letzten zehn Jahren eine beispiellose Dynamik erreicht. Mit der europäischen Verfassung wird die europäische Politik transparenter, demokratischer und bürgernäher. Gestärkt wird auch das Europäische Parlament.

Um GRÜNE Politik in Europa umsetzen zu können, ist eine Stärkung der GRÜNEN Fraktion im Europäischen Parlament notwendig – für ein Europa der Ökologie, der Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung, der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens.

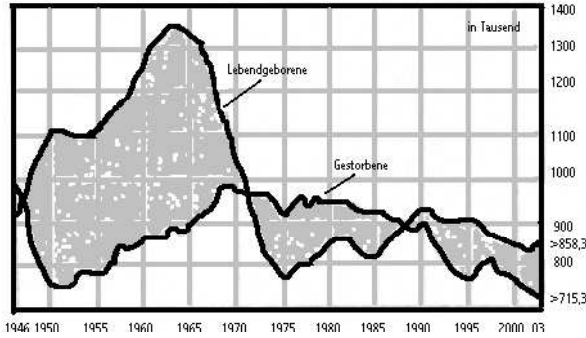
In Seeheim-Jugenheim sägt Schwarz-Rot an der Kinderbetreuung:

GRÜNE fordern: Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten!

„Demographisch ist Deutschland nicht zukunftsfähig“ und „Ohne Kinder auf dem Weg in die zweite Liga“, so konnte man am Freitag, 23.04.2004 im Darmstädter Echo lesen. Geburtenarmut, Überalterung und Binnenwanderung würden Deutschland radikal verändern – so die im Artikel zitierte wichtigste Erkenntnis aus einer groß angelegten Studie zur Bevölkerungsentwicklung. Wenn dann Politikerinnen und Politiker in Seeheim-Jugenheim Aussagen wie: „Die Eltern können nicht Kinder in die Welt setzen und dann die Verantwortung an die Allgemeinheit abwälzen“ oder „Bei uns früher gab’s auch keine Kinderbetreuung...“ treffen, so liegt der Verdacht nahe, dass hier die Augen verschlossen werden vor diesen gesellschaftlichen Veränderungen mit weitreichenden Folgen für alle Generationen.

Mit Entscheidungen, wie zum Beispiel die Schulkinderbetreuung in der Grundschule trotz enormen Bedarfs abzubauen oder die Kindergartengebühren in kürzeren Abständen in exorbitanter Weise hochzuschrauben, beweist die schwarz-rote Streich- und Kürzungsgemeinschaft aus SPD und CDU nicht das geringste Gespür für eine zukunftsorientierte Politik mit Augenmaß im Hinblick auf die Prioritäten, die zur Erhaltung einer lebensfähigen Gemeinde zu setzen sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich in Seeheim-Jugenheim trotz aller Widerstände der anderen Fraktionen weiterhin dafür einsetzen, dass die Qualität und der Umfang der



Geburten und Sterbefälle in Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt

Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch bei schlechter Haushaltslage erhalten und erweitert werden und die Gemeinde nicht die Verantwortung auf andere abwälzt. Das im Vergleich relativ gut ausgebaute Betreuungssystem der Gemeinde hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Seeheim-Jugenheim trotz hoher Wohnkosten für junge Familien mit Kindern attraktiv wurde. Dieser auch für die wichtigen Einkommensteuereinnahmen bedeutende Trend darf nicht umgekehrt werden.

Die GRÜNEN arbeiten mit aller Energie daran, zu verhindern, dass eine konservative Koalition mit einem Abbau der familiengerechten Gemeinde die Zukunft von Seeheim-Jugenheim aufs Spiel setzt. Die GRÜNEN sind überzeugt, dass bei der kommunalen Kinderbetreuung Stabilität und Verlässlichkeit unverzichtbar sind – und zwar für Kinder und Eltern!

Befristete Arbeitsverträge, drohender Verlust von Arbeitsplätzen, wechselnde Standorte machen es immer häufiger aus rein existentiellen Gründen notwendig, dass beide Elternteile

berufstätig sind. Dies ist nur mit verlässlichen Kinderbetreuungsangeboten möglich.

Nicht zuletzt unter dem Aspekt der Gleichstellung von Frau und Mann muss es beiden Elternteilen möglich sein, eine ihrer Ausbildung und Qualifikation entsprechende Tätigkeit auszuüben – auch mit Kindern. Noch immer müssen Frauen häufig nach einer Familienpause im Erwerbsleben quasi wieder von vorn anfangen oder in einer deutlich schlechteren Position als vor der Familienpause. Junge Leute verzichten deshalb auf Kinder oder verschieben den Kinderwunsch immer länger.

Werden die wenigen Kinder von heute später ihre Renten finanzieren können? Bereits jetzt ist die Altersarmut besonders bei Frauen sehr groß. Wie wird es in 20 Jahren aussehen?

Mit ausreichender und qualifizierter Kinderbetreuung wollen die GRÜNEN die Grundlage dafür schaffen, dass junge Menschen in der Gemeinde nachwachsen und alle Generationen eine Zukunft haben.

Neue Lage durch FFH-Richtlinie:

Wird EU-Recht in Seeheim-Jugenheim die Gemarkung „Neben Schenkenäcker“ vor einem Gewerbegebiet retten?

Im Jahre 1992 ist vom Europäischen Parlament neben der Vogelschutzrichtlinie die FFH-Richtlinie verabschiedet worden. Als „Flora-Fauna-Habitate“ werden Standorte und Lebensräume von Pflanzen und Tieren bezeichnet. Ziel der Richtlinie ist es, natürliche Lebensräume zu bewahren und die biologische Vielfalt zu erhalten. Um dieses europäische Gesetz in nationales Recht umzusetzen, sind die einzelnen Mitgliedstaaten verpflichtet, besondere Schutzgebiete auszuweisen und dafür Erhaltungsmaßnahmen festzulegen (Natura 2000). Diesen Gebie-

ten kommt dann ein strenger Schutzstatus zu. Da Naturschutz unter der derzeitigen Hessen-Regierung leider keine hohe Wertschätzung genießt, sind der EU zunächst nicht ausreichend viele schützenswerte Gebiete gemeldet worden. Erst als ab Anfang 2003 die gesetzlich lange vorher feststehenden Strafzahlungen nach Brüssel überwiesen werden mussten, beendete die schwarze Landesregierung ihren Schummer. Als Folge hat das Regierungspräsidium Darmstadt im September 2003 u.a. die Düne „Neben Schenkenäcker“ mit dem

Schutzzweck, die gefährdete Sand-Silberschärte zu erhalten, sowie das Gebiet „Oberste und Unterste Röder“ (nördlich von Seeheim) mit dem Ziel, den Sandtrockenrasen zu schützen, nachträglich gemeldet. Die „Seeheimer Düne“ ist bereits FFH-Gebiet.

Die Gemeinde ist dadurch verpflichtet, abzuwägen, ob durch das geplante Gewerbegebiet Beeinträchtigungen auf die Düne „Neben Schenkenäcker“ zu erwarten sind. Für die GRÜNEN ist klar: Eine Fläche für Gewerbe ist mit einem FFH-Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft eindeutig unverträglich!

Aktuelle Wahlwerbung:

Gerade wo SPD und CDU in Seeheim-Jugenheim glänzen wollen, ist ihre Politik am schwächsten.

„Familienfreundlichkeit“, „Förderung des heimischen Gewerbes“, „Vereinsförderung“: Mit diesen wohlklingenden Schlagworten schmeicheln sich manche hochglanzabgebildete Führerinnen und Führer örtlicher Traditionsparteien bei den Wählern ein. So wollen sie sich ein positives Image geben und verlorene Wählerschaft zurückerobert.

Abgesehen von der zunehmenden Austauschbarkeit und Profillosigkeit der großen Parteien in Seeheim-Jugenheim, ist das, was die Bürgerinnen und Bürger bei den Themen Kinder- und Jugendbetreuung, Gewerbegebiet „Schenkenäcker“ und Hallengebühren erlebt haben und immer noch erleben, ernüchternd und enttäuschend.

Nur den unabweisbaren Argumenten der Eltern und Jugendlichen, die sich trauten, öffentlich auf die erbärmlichen Kürzungsmotive der SPD und CDU-Wortführer bei der Kinder- und Jugendbetreuung aufmerksam zu machen, verdanken wir, dass nicht Familienfeindlichkeit das neue Etikett der Gemeinde ist.

Nur dem Engagement und der Sachkunde einer Bürgerinitiative verdanken wir, dass das Gewerbegebiet „Neben Schenkenäcker“ noch verhindert werden kann. Immer lauter stellt sich hier die Frage nach den politischen und personellen Konsequenzen für diese Fehlplanung ersten Ranges.

„Lissabonner Strategie“:

Ein hindernisfreies Europa für alle Menschen

Im Jahr 2000 beschloss die EU, das Jahr 2003 zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung“ zu erklären. Gleichzeitig hat die Kommissarin für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Anna Diamantopoulou, eine Expertengruppe eingesetzt mit dem Auftrag, das Problem der Barrierefreiheit in einer immer komplexeren Welt und einer immer älter werdenden Gesellschaft zu untersuchen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Der Bericht der Expertengruppe liegt seit Oktober 2003 vor und hat folgende Kernaussagen:

● Barrierefreiheit zu erreichen muss ein zentrales Anliegen der „Lissabonner Strategie“ werden.

Wer trägt politisch die Verantwortung für jetzt schon horrenden 250.000 Euro Vor- und Planungskosten und die Notwendigkeit immer neuer Gutachten, die das zweifelhafteste Projekt doch nur angreifbarer machen? Wer trägt die Verantwortung, wenn der Gemeinde bei den Grundstücksgeschäften ein wirtschaftlicher Nachteil bis in Millionenhöhe entsteht, falls eine Erschließungs- und Vermarktungsgesellschaft das Kommando übertragen bekommt? Alle schönen Phrasen von Förderung des heimischen Gewerbes, Einfluss auf Arbeits- und Ausbildungsplätze und Gewerbesteuererinnahmen sind dann Makulatur. Nach des Investors Pfeife haben Frau Kruza und ihre schwarz-rot-gelbe Betonallianz dann zu tanzen!

Wie steht es bei der Vereinsförderung? Hier glaubt die SPD, es sei politisch alles getan, wenn man den Vereinen nur stets aufs Neue versichert, dass sie als Gegenleistung für ihr ehrenamtliches Engagement von der Zahlung jeglicher Hallenbenutzunggebühren befreit bleiben. Dabei wissen die Vereine und ihre verantwortungsbewussten Vertreter schon längst, dass sich ihre Rolle und ihre Zusammenarbeit mit den Kommunen gerade bei der vereinseigenen und schulischen Jugendarbeit sowie im Leistungs-, Gesundheits- und Freizeitsport neu definieren wird und damit auch die

finanziellen Ressourcen neu geklärt werden müssen. Sie werden sich deshalb gegen die durchsichtige Absicht der Lokalpolitiker wehren, sie lediglich aus wahltaktischen Gründen mit Subventionsversprechungen zu ködern.

Hinter den Parolen also wenig Glanz. Bürgermeisterin Kruza scheint in den wichtigsten Fragen investoren-gesteuert, seien es Ortsmitte Jugenheim, „Schenkenäcker“, Großverbrauchermarkt Breslauer Straße oder Seeheimer Schloss. Die parlamentarischen Kontrolleure von SPD und CDU wiederholen nur leere Verheißungen auf populistischem Niveau.

Opposition und Einspruch gegen diese Art „Politik“ ist nötiger denn je, um absehbare Fehlentwicklungen für die Gemeinde zu verhindern.

Sichtweise

Der Ort ist schön, der Ort ist bunt, doch nunmehr ward das Bild auch rund, denn überall an Straßen, Hecken sah man sie jetzt als rote Flecken im Großbild auf Parteiplakaten – so richtig schöne Prall-Tomaten.

Man denkt an Sommer, Sonne, Lust. Doch schleicht sich ein, ganz unbewusst, die Frage: Ist's nur schöner Schein? Natur im bloßen Gen-Design? Nicht nur betreffend die Tomaten wüsst' man das gern beim Kauf im Laden.

Verbraucher dürfen sich jetzt freuen. Europa-Recht hilft da seit Neuem, will Warnung vor falsch Aufgetischem durch Kennzeichnung von Gen-Gemischtem. Gut öko, der Gesetzeswille! Doch: Kleingedrucktes, das braucht Brille.

Und überhaupt: Ob es wohl reicht? Ist Kennzeichnung stets recht geeicht? Und manche/r glaubt da wohl zu wissen: Wir werden schließlich doch be ... scheiden in kapital-globalen Zeiten – und dies auch beim Gefahrvermeiden.

Hilft gegen Kleinschrift zwar kein Tee, ist Brille da vielmehr o. k., so ist viel besser überhaupt, wenn Gen-Tech-Frevel nicht erlaubt. Hier kämpfen auf Europas Bühnen scharfsichtig längst die echten Grünen.

Ja gibt's denn da noch Auswahl-Qual beim Kreuzchen zur Europa-Wahl? Allein jetzt könnte nur noch schaden, wenn a u f statt vor dem Aug' Tomaten.

Olmes Chatte



Europawahl am 13. Juni:

Briefwahl ab jetzt möglich!

Unterlagen gibt es bei der Gemeindeverwaltung. – Unbedingt wählen gehen!

Impressum:

GRÜNSPECHT wird herausgegeben von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Ortsverband Seeheim-Jugenheim +++ kontakt@gruene-seeheim-jugenheim.de +++ V.i.S.d.P.: Suse Bruer, Zwingenberger Straße 38, +++ 64342 Seeheim-Jugenheim +++ Auflage: 7500 +++ Druck: Druckwerkstatt Kollektiv, Darmstadt +++

Ein Europa ohne Atomkraft

Die Zukunft gehört einer dezentralen Energieversorgung

Wir wollen ein Europa ohne Atomkraft, ein Europa, das seine klimapolitische Verantwortung wahrnimmt, ein Europa, in dem Sonne und Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft die Energieproduktion bestimmen, und ein Europa, das weltweit führend ist bei der Entwicklung von Technologien zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung.

Die erneute Begeisterung für kleine Kraftwerke ist erst jüngeren Datums. „Wenn immer möglich, sollte auch eine dezentralisierte Energieversorgung aufgebaut werden“, forderte beispielsweise der Club of Rome 2002.

Ähnlich wie das Internet eine Vielzahl kleiner Computer vernetzt, wollen viele Energieexperten ein „Energienetz“ entwickeln: kleine Kraftwerke, die de-

50 Jahre Schuldorf Bergstraße:

Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit

Groß gefeiert wird dieses Jahr im Schuldorf, Deutschlands erster (additiver) Gesamtschule. Ausstellungen, Info-Stände, Rock- und Jazzkonzerte, Projektwoche, Sponsorenläufe, Ehemaligentreffen – dem abwechslungsreichen Programm ist zu wünschen, dass die Massen nur so strömen.

Das Schuldorf Bergstraße bringt Leben und Bewegung in die Gemeinde. Gerne wird daher die Erfolgsgeschichte des Schuldorfs dazu benutzt, als Legitimationshilfe für so manches verwegene Großbauprojekt der Gegenwart erhalten zu müssen. Besonders aus der SPD-Ecke tönt es: „Wenn die Parlamentarier und ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde in den vergangenen 50 Jahren eine so pauschale Ablehnungshaltung eingenommen hätten, würde das Schuldorf ... und manch anderes jetzt nicht existieren.“

Bei dieser Standardphrase wird allerdings die historische Wahrheit entweder kunstvoll umschifft oder absichtlich ignoriert. Denn tatsächlich ist die Gründung des Schuldorfs ein frühes Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Wie in der vom da-

maligen Landrat Wink herausgegebenen Broschüre „Nach neun Jahren – Wiederaufbau im Kreis Darmstadt...1945-1954“ nachzulesen ist, kam es 1951 zur Gründung eines „Zweckverbandes Schuldorf Bergstraße“, dem Vertreter des Kreises sowie der beteiligten Gemeinden Seeheim, Jugenheim und Bickenbach angehörten. Alsbach und Balkhausen wollten auf ihre altvertrauten Dorfschulhäuser in Kirchturmnähe nicht verzichten.

Wer glaubt, hiermit wäre die hintergründige Entstehungsgeschichte schon zu Ende, der irrt: Hätten die Politiker damals schneller den Nutzen zukunftsorientierter Visionen erkannt, hätten die Amerikaner sogar 2 Millionen DM für den Bau spendiert (statt 800.000 DM).

Was können wir daraus lernen? Würden an der nördlichen Bergstraße die heutigen NachfolgerInnen der damaligen Dorfgrößen mehr Wagemut besitzen, dann gäbe es längst an geeigneter Stelle ein „Interkommunales Gewerbegebiet“ – als Modellprojekt errichtet mit in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden Fördermitteln des Landes Hessen.

zentral Strom ins Netz einspeisen und deren Energie nicht über weite Distanzen zum Verbraucher transportiert werden muss. Mit neuen Informations- und Steuerungstechnologien könnten die kleinen Kraftwerke sogar zu großen „virtuellen“ Kraftwerks-Einheiten zusammenschaltet werden.

Die neuen Technologien bedeuten keine Gefahr für die Zuverlässigkeit oder Qualität des Stromnetzes. Es ist nämlich nachweisbar, dass Kleinstkraftwerke wie Photovoltaikanlagen, weil sie mit modernster Technik arbeiten, die Qualität des Stromes in den Netzen, in die sie einspeisen, bereits verbessert haben. Mit Hilfe neuer, digitalisierter Informationstechnik und aufgrund eines liberalisierten Marktes mit eigenständig agierenden Anbietern

und Abnehmern werden die neuen Energieerzeuger in das Netz integriert.

Das Stromnetz, welches bisher einer Einbahnstraße glich, wird zu einem Energiemarkt, auf dem bisherige Abnehmer auch zu Anbietern und bisherige Produzenten auch zu Nachfragenden werden können. Diese Strukturänderungen des Stromnetzes könnten Einsparpotenziale in bisher nicht zu schätzender Größe offenbaren und der technischen Entwicklung einen weiteren Schub versetzen.

+++ Wer sich ein eigenes Bild von den heute schon lukrativen Energiegewinnungstechniken für Privathaushalte machen möchte, ist am 6. Juni herzlich eingeladen zur Besichtigung eines Energiesparhauses in Jugenheim. +++



Besichtigung eines Energiesparhauses

- Thermische Solaranlage zur Warmwasserzubereitung
- Windrad
- Strom aus Sonne & Wind
- Grau- und Regenwassernutzung

SO, 6. Juni 14 + 15 Uhr Führung

Jugenheim, Untere Hügelstraße 3 (Nähe Bickenbacher Straße / Grenzweg)

